

# Der verhinderte Fernsehauftritt

Hatte er das gerade wirklich gesagt? Michael Kühnen konnte kaum fassen, was sich gerade im Fernsehen vor seinen Augen abspielte. Da beklagte sich der prominente Dichter Erich Fried – Linker, Jude und entschiedener Antifaschist –, dass man ihn – Deutschlands bekanntesten Neonazi – von der Teilnahme an der gerade laufenden

TV-Diskussion kurzfristig wieder ausgeschlossen hatte. »Ob man den einladen soll oder nicht«, so Fried, »darüber kann man streiten. Wenn man ihn eingeladen hat, ihn auszuladen, ist ganz bestimmt falsch und kleinkariert.«<sup>[1]</sup>

Dass seine Person in der Talkshow »III nach 9« unerwünscht war, hatte Kühnen erst erfahren, als er bereits vor den Studio-Türen in Bremen-Osterholz stand. Das war am 21. Januar 1983. Mobiltelefone für den Privatgebrauch gab es noch nicht. Der verhinderte Talkshow-Gast ließ sich seine Ausladung schriftlich bestätigen, verlangte eine Aufwandsentschädigung in Höhe von

etwa 300 DM und trat gemeinsam mit den beiden ihn begleitenden Kameraden die Heimreise an. Nun saß er mit einem kleinen Kreis von Gesinnungsgenossen, darunter sein enger Mitstreiter Thomas Brehl, in einer Wohnung im hessischen Städtchen Rodgau und schaute sich die Sendung im Fernsehen an.

Die Entscheidung, den Neonazi auszuladen, war am Tag zuvor gefällt und von Fernsehprogrammndirektor Hans-Werner Conrad intern kommuniziert worden.

Vorhergegangen war eine rund eineinhalbstündige Debatte im Rundfunkrat. Der Beschluss veränderte den Charakter der

Sendung: Ursprünglich hatte man über die Gefahr eines neu aufflammenden Rechtsextremismus diskutieren wollen. Doch jetzt stand das Für und Wider von Kühnens Teilnahme als Talkshow-Gast im Mittelpunkt der Debatte. Vor dem Sender-Gebäude hatte sich eine Gruppe von Frauen und Männern jeden Alters versammelt, um zu demonstrieren.

Das Transparent der Deutschen Friedensunion verkündete: »Nie wieder Faschismus! Gemeinsam für die Verteidigung der Grundrechte und Sicherung des Friedens.« Die Schilder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

forderten das sofortige »Verbot aller faschistischen Organisationen« und »Freundschaft mit Ausländern«.

Während ein Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) begrüßte, dass Kühnen »fünfzig Jahre nach der In-die-Macht-Setzung der Nazis kein Rederecht« bekam, erklärte Programmdirektor Conrad, er sei persönlich und im Prinzip nach wie vor ein Befürworter der Diskussion mit einem Neonazi. Er habe mit der Ausladung Kühnens jedoch dem Umstand Rechnung tragen wollen, dass es eine richtige »Angst davor gibt, dass solche Leute wieder in die